

# Nicht „die Mitte der Gesellschaft“

Während sich der Rechtspopulismus als gesellschaftliche Kraft formiert, vermehren aktuelle Untersuchungen einen Rückgang von Ressentiments und rechtsextremen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung.

Max Lill fragt, wie das zusammenpasst.

*Der Artikel basiert auf einer Studie zur Entwicklung von Ressentiments und rechtsextremen Stimmungslagen, die der Autor für die Rosa Luxemburg Stiftung erstellt hat. Sie kann unter dem Titel „Trügerische Ruhe im bedrohten Paradies?“ kostenlos im Internet heruntergeladen werden. Empfohlen sei auch die an selber Stelle zu findende Analyse zur AfD von Horst Kahrs.*

*<http://www.rosalux.de/kapitalismusalternativen/specials/gesprachskreis-klassen-und-sozialstruktur.html>*

Der Schreck über die allwöchentlich anschwellenden Aufmärsche gegen eine vermeintliche „Islamisierung des Abendlandes“ in Dresden steckt vielen (gerade linken) Beobachter\_innen tief in den Knochen. Nach den Wahlerfolgen der AfD bei der Europawahl (7,1%) und den anschließenden Landtagswahlen in Sachsen (9,7%), Thüringen (10,6%) und Brandenburg (12,2%), scheint Pegida nun ein weiteres Indiz dafür zu sein, dass wir in Deutschland, ähnlich wie in Europa insgesamt, mit einem politischen Rechtsruck konfrontiert sind.

Aber ist dieses düstere Szenario wirklich schon ausgemacht? Wer oder was steht eigentlich hinter Pegida und wie viel Resonanz hat die Bewegung in der Gesellschaft insgesamt? Wie könnten wirksame Gegenstrategien aussehen?

Anti-islamische Ressentiments und Deutschlandfahnen-Taumel, vor allem aber die Anklage einer vermeintlich einheitlichen Elitenkaste aus „Lügenpresse“ und Politik – dieser Giftcocktail entfaltet eine Mobilisierungskraft, die ohne Zweifel beunruhigend ist. Irritierend sind

auch die irrwitzigen Verschwörungstheorien, die mitunter unfreiwillig komische O-Töne hervorbringen. Ein Pegida-Redner war in der Vorweihnachtszeit etwa überzeugt, den Christstollen verteidigen zu müssen – gegen Menschen muslimischen Glaubens, deren Anteil sich in Dresden im Promille-Bereich bewegt.

Zu beobachten ist oftmals eine im eigentlichen Sinn antipolitische, weil jede sachlich-argumentative Auseinandersetzung verweigernde, paranoide Geisteshaltung. Diese Haltung hat sich bisher vornehmlich in der Publizistik, an Stammtischen und in Internetforen oder lokalen Vereinsräumen, also überwiegend unterhalb des Radars der größeren (Medien-)Öffentlichkeit, aufgeschaukelt. Nun findet sie erstmals massenhaften Ausdruck auf der Straße, in den letzten Wochen sicherlich zusätzlich begünstigt durch die neuerliche Hysterie um den islamistischen Terrorismus. Nach dem von den Dresdner Sicherheitsbehörden aufgrund einer einzelnen Morddrohung erlassenen Pauschalverbots aller Versammlungen am 19.01. steht zu befürchten, dass

diese Dynamik weiter anhalten wird.

Die Situation ist unübersichtlich und im Fluss. Vorschnelle Festlegungen, wer in Dresden warum demonstriert und wo der Prozess genau hinführt, sind mit Vorsicht zu genießen. Offensichtlich spielen spezifisch lokale Bedingungen eine wichtige Rolle. Ein Großteil der Demonstrant\_innen kommt, ersten Erhebungen zufolge, aus der Region: Offenbar mischen sich Teile der, in Sachsen seit vielen Jahren besonders stark verankerten, rechten bis rechtsradikalen, aber auch evangelikal-fundamentalistischen Szene mit konservativen (klein-)bürgerlichen Milieus, die eine diffuse Stimmung der Angst und der Wut gegenüber der etablierten Politik verbindet. Teile dieser Milieus haben sich schon seit dem Abtreten von „König Kurt“, also dem Ministerpräsidenten Biedenkopf, Mitte der 2000er Jahre mehr und mehr von der seit der Wende herrschenden und in Sachsen traditionell relativ weit rechts stehenden CDU abgewandt: Dieser Aderlass der Union spielte zuletzt vor allem der NPD und nun der AfD in die Hände. Beide Parteien zu-

sammen erreichten in diesem, für ostdeutsche Verhältnisse vergleichsweise wohlhabenden, Bundesland bei der Landtagswahl 2014 zusammen fast 15%. Noch 2009 hatte zudem die FDP ein Rekordergebnis von 10% einfahren können. Sie lag damit fast gleichauf mit der SPD. Auch in staatlichen Stellen, etwa bei Justiz und Polizei, sind Vertreter\_innen von Rechtsaußenpositionen keine Seltenheit (weshalb auch schon plausible Zweifel an den von der Dresdner Polizei veröffentlichten Teilnehmerzahlen geäußert wurden).

Erste Befragungen unter Pegida-Anhänger\_innen durch ein Team um den Göttinger Parteien- und Bewegungsforscher Franz Walter zeigen, dass diese sich auch selbst politisch relativ klar rechts außen verorten, wobei sich die Enttäuschung insbesondere gegen die CDU richtet: 88% gaben an, sie würden der AfD ihre Stimme geben, wenn am kommenden Sonntag gewählt würde, 11,5% waren bereits Parteimitglieder. Gerade einmal 2,7% wollten für die Union stimmen. Das spricht eindeutig gegen die mitunter geäußerte Vorstellung, es handele sich einfach um „verunsicherte Bürger“ ohne verbindende politische Lagerorientierung.

Einen gefestigten rechtspopulistischen Block bilden AfD und Pegida gleichwohl nicht. Auch die AfD befindet sich erst in der Formierungsphase und kann, ähnlich wie etwa die „Piraten“, durchaus noch an inneren Konflikten scheitern. Nach ihrer Konzentration auf standortpopulistische Europakritik und eine vermeintliche Verteidigung von deutschen Mittelstands- und Sparerinteressen bei der Bundestagswahl 2013 öffnet sie sich unter Federführung etwa der sächsischen Fraktionsvorsitzenden Frauke Petry oder dem brandenburgischer CDU-Abtrünnigen Peter Gauland derzeit noch stärker gegenüber den na-

tionalistischen und reaktionären Kulturkämpfer\_innen, die sich im Umfeld von Pegida sammeln. Erste Kommentatoren sprechen schon von einer deutschen „Tea-Party“.

Diese Gemengelage ist sicherlich gefährlicher als die im Oktober in Köln randalierenden „Hooligans gegen Salafisten“, die eher das bekannte Bild rechter Schlägerbanden bedienen und damit kaum anschlussfähig sind gegenüber Stimmungslagen und enttäuschten Repräsentationsbedürfnissen in breiteren gesellschaftlichen Lagern. Aber auch Pegida ist bisher nur in Sachsen erfolgreich. Keiner der zahlreichen Ableger konnte mehr als einige hundert Versprengte, oft unter starker Beteiligung organisierter Rechtsradikaler, auf die Straße bringen. Und diese wurden in vielen Städten übertönt von tausenden Gegendemonstrant\_innen, besonders eindrucksvoll etwa im benachbarten Leipzig. Auch in Dresden könnte die heterogene Zusammensetzung der Demonstration noch für Spaltungsprozesse sorgen, etwa wenn sich der gewaltbereite Teil der Rechtsradikalen von der Antifa provozieren lässt oder der Maulkorb der Veranstalter („redet nicht mit der Lügenpresse“) nun allmählich aufgeweicht und damit noch deutlicher wird, wer

hier alles so mitspielt.

Wichtig ist zudem festzustellen, dass die Massenmedien einschließlich der BILD-Zeitung, die etablierten Parteien (mit Ausnahmen in der CSU) und weite Teile der Zivilgesellschaft bisher relativ entschieden gegenhalten – ganz anders als bei den ausländerfeindlichen Protesten und den Erfolgen der Republikaner Anfang der 1990er Jahre. Das zeigt offenbar Wirkung: Nachdem repräsentative Umfragen im Auftrag von ZEIT-Online Mitte Dezember noch ergeben hatten, dass rund die Hälfte der Bundesbürger\_innen Verständnis für die Positionen von Pegida aufbringe (30% sogar „voll und ganz“), äußerten sich gegenüber dem ZDF-Politbarometer Mitte Januar 74% ablehnend und nur 17% zustimmend. Auch die Zustimmung zur Aussage, der Islam gehöre zu Deutschland, ist demnach gegenüber einer Allensbach-Befragung von 2012 deutlich gestiegen, von 22% auf aktuell 48%.

Es macht also wenig Sinn zu behaupten, Pegida repräsentiere per se Stimmungslagen „der“ verunsicherten oder abstiegsbedrohten Mitte der Gesellschaft und sei Ausdruck einer allgemeinen Zunahme von Ressentiments. Von materiellen Abstiegsängsten ist in Dresden ohnehin



wenig die Rede. Zutreffend ist dagegen sicherlich die Beobachtung, dass bei Pegida nicht in erster Linie die so genannten „Modernisierungsverlierer“, also Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte gering Qualifizierte, mitlaufen. Das ist jedenfalls das Ergebnis einer Befragung von rund 400 Demonstrant\_innen durch Forscher der TU Dresden. Demnach ist der Anteil der Teilnehmenden mit mittleren oder höheren Einkommen und Bildungsabschlüssen

men und Wohneigentum in diesem rechtspopulistischen Spektrum überrepräsentiert sind.

Also ist es doch „die“ Mittelschicht, die in Dresden marschiert, wie der SPIEGEL prompt titelte? Wohl kaum. Denn grundsätzlich ist aus der sozialen Milieuforschung bekannt, dass politisch-weltanschauliche wie auch lebensweltliche Abgrenzungen quer zur hierarchischen Schichtung verlaufen. Reaktionen wie auch emanzipatorische Werthaltungen finden sich in al-

zu abwertenden Aussagen gegen verletzte Gruppen bewegen sich vielfach zwischen 20 und 30% (das gilt übrigens auch für Gewerkschaftsmitglieder). Aber in den letzten 2-3 Jahren, tendenziell sogar schon seit ca. 2005/2006, sind sie deutlich zurückgegangen. Lediglich auf dem Höhepunkt der Konjunktur- und Schuldenkrise zwischen 2009 und 2011 wurde dieser Trend zeitweise durchbrochen.

Insbesondere eine generelle Ablehnung von Einwanderung findet sich deutlich seltener (laut Allensbach ist der entsprechende Wert seit 2004 von 42% auf 18% zurückgegangen). Die seit ca. vier Jahren wieder deutlich wachsende Zuwanderung wird von einer Mehrheit der Deutschen nicht unbedingt freudig begrüßt, aber arbeitsmarktpolitisch und mit Blick auf politisch Verfolgte, auch aus humanitären Gründen für notwendig erachtet. Auch die Bielefelder und Leipziger Langzeitstudien, die sicherlich nicht im Verdacht stehen, rechte Gefahren zu verharmlosen, stellen fest, Ressentiments würden inzwischen seltener offen geäußert. Sie blieben allerdings indirekt präsent: Etwa in Form eines vehementen Beharrns auf der Notwendigkeit zur Integration in eine „deutsche Leitkultur“ oder Vorrechten für Etablierte und Alteingesessene. Nur vergleichsweise wenige sehen die Verantwortung für Integration und eine „Willkommenskultur“ auch auf Seiten der deutschen Politik und Gesellschaft – und das, obwohl etwa der Eindruck, Einwanderung produziere große Probleme an den Schulen, Allensbach zufolge deutlich zugenommen hat. Zudem gibt es bestimmte Gruppen, die besonders von Abwertungen betroffen sind. Neben Muslim\_innen sind das vor allem Asylbewerber\_innen sowie Sinti und Roma.

Grund zur Entwarnung gibt es sicherlich nicht – vor allem auch angesichts der Zugewinne



Fotos: creative commons

### Starke Worte, aber...

beträchtlich. Nur sehr wenige geben an, arbeitslos zu sein. Und 41% der Befragten der Göttinger Studie, mehrheitlich voll im Berufsleben stehende Männer mittleren Alters, bezeichneten ihre eigene Lage sogar als „sehr gut“. Das viel beschworene „abgehängte Prekariat“ demonstriert hier jedenfalls nicht. Es ist schon eher jene „rohe Bürgerlichkeit“, die ihr Sprachrohr in Figuren wie Sarrazin findet und deren Zunahme im Kontext der gesellschaftlichen Krisenprozesse die Langzeituntersuchung „Deutsche Zustände“ bereits 2011 konstatierte. Auch Untersuchungen zur Wählerschaft der AfD bestätigen, dass Menschen (gerade mittleren Alters) mit überdurchschnittlichen Einkom-

men Einkommens- und Bildungsklassen.

Das bestätigen auch Untersuchungen zu Ressentiments und rechtsextremen Einstellungen. Deren Ergebnisse sind aktuell auch in anderer Hinsicht bemerkenswert: Liest man die jüngsten Berichte der einschlägigen repräsentativen Langzeitstudien zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Bielefeld), zum so genannten „Extremismus der Mitte“ (Leipzig) oder auch die Analysen des Instituts für Demoskopie Allensbach, so stellt man fest, dass sie übereinstimmend zu dem Ergebnis kommen: Ressentiments und rechtsextreme Einstellungen sind zwar nach wie vor weit verbreitet, die Zustimmungswerte

des Rechtspopulismus in vielen europäischen Nachbarländern, besonders dramatisch in einigen nicht unmittelbar krisenbetroffenen Staaten wie Frankreich und England. Dennoch führt es mit Blick auf die Bundesrepublik in die Irre, (schon) von einem generellen Dammbbruch von Ressentiments im Alltagsbewusstsein zu sprechen. Es scheint eher so zu sein, dass sich die schon seit Jahren immer wieder konstatierte „rechtspopulistische Lücke“ im politischen Spektrum nun auch in Deutschland zu füllen beginnt. Aus schon lange vorhandenen latenten Einstellungen und einer wachsenden Entfremdung von den etablierten Parteien in Teilen des national-konservativen Milieus wird zunehmend offener Protest und eigenständige parteipolitische Organisation.

Dahinter stehen vor allem Umbrüche im politischen System: Der Bankrott der FDP, die Modernisierung von Teilen der Unions-Programmatik, etwa in der Familien- und Gleichstellungspolitik, aber auch der rechte Protest gegen die europäische Krisenpolitik von Merkel und EZB v.a. aus dem unternehmerischen Mittelstand heraus. Das Beharren darauf, für „die Mitte der Gesellschaft“ zu sprechen, gleicht in gewissem Sinne einer Selbstbeschwörungs- und Wunschformel: Denn der selbstgerechte Furor von Pegida und dem AfD-Umfeld speist sich gerade aus dem Gefühl, zunehmend nicht mehr von den etablierten Eliten repräsentiert zu sein und auf diese Weise mit den eigenen wertkonservativen, nationalistischen oder marktorthodoxen Überzeugungen selbst zu einer „bedrohten Minderheit“ zu werden. Das führt, wie für im weiteren Sinn fundamentalistische Bewegungen typisch, zu einer Verhärtung und Polarisierung der Weltbilder. Das kann sie gefährlicher machen, sollte aber nicht umstandslos mit ihrer Aus-



... es gibt Hoffnung

breitung verwechselt werden.

Dass das rechtspopulistische Potential nun offen sichtbar geworden ist, hat immerhin den Vorteil, dass die Auseinandersetzung entschiedener und breiter geführt wird. Deren Ausgang ist offen, denn auch die Gegenkräfte sind in breiten sozialen Milieus und keineswegs nur in der organisierten Linken verankert. Wir sollten daher den Anspruch von Pegida, die Mitte der Gesellschaft zu verkörpern, als ideologische Nebelkerze zurückweisen und den klar rechten bis rechtsextremen Charakter der Akteure benennen.

Es macht auch keinen Sinn, dem Agenda-Setting dieser Kreise hinterher zu laufen, weil hier angeblich reale Probleme benannt würden. „Islamisierung“ ist ganz sicher kein Problem in diesem Land, Islamismus dagegen – in kleinen Enklaven – schon. Rechtspopulistische Bewegungen verweisen wie auch die zahlreichen anderen Bürgerbewegungen der letzten Jahre zweifellos auf gesellschaftliche Krisenprozesse, auf die politische Antworten gefunden werden müssen. Das beginnt bei der menschenunwürdigen Flüchtlingspolitik und der fehlenden politischen Partizipation. Viele Untersuchungen

zum Rechtspopulismus haben zudem überzeugend nachgewiesen, dass wachsende Verunsicherung infolge der Vermarktlichung weiter Lebensbereiche die Entstehung von Ressentiments begünstigt. Die Erosion alltäglicher Nahweltbeziehungen und die Ausdünnung öffentlicher Räume der milieübergreifenden Begegnung führen demnach zu Anerkennungs- und Orientierungsverlusten sowie politischen Ohnmachtsgefühlen, die die Anfälligkeit für rechtspopulistische Ideologien signifikant erhöhen.

Aus der Perspektive einer gesellschaftlichen Linken gilt es, grundlegend andere Problembeschreibungen und Antworten auf diese Krisenphänomene stark zu machen. Dazu müssen in erster Linie wohl andere, weltoffenere und emanzipiertere soziale Milieus mobilisiert werden, als jene, die in Dresden behaupten, sie seien „das Volk“. Denen begegnet man besser mit Gegenaufklärung und breiten Bündnissen, auch mit Blockaden und klassischen Antifa-Strategien – und bitte auch weiterhin mit Parodien, denn dafür liefern die selbsternannten Patriot\_innen allemal Steilpässe en masse.

MAX LILL  
Redaktionsassistent der hlz